

Diese Zeitung erscheint dreimal wöchentlich, und zwar: Dienstags, Donnerstags und Sonnabends Abends.

Bestellungen werden bei allen Postämtern, in Berlin bei der Expedition, sowie bei jedem Expediteur entgegengenommen.

Neuer Social-Demokrat.

Organ der Socialistischen Arbeiter-Partei Deutschlands.

Redaction u. Expedition: Berlin, SO., Kaiser Franz-Grenadier-Pl. 8a.

Inserate (nur in der Expedition aufzugeben) werden pro fünfgespaltene Petitzeile mit 50 Pf. berechnet. Besondere Anzeigen die fünfgespaltene Petitzeile über deren Raum 20 Pf. Sogenannte Reklam-Anzeigen werden nicht aufgenommen.

Abonnements-Preis: Für Berlin incl. Bringerlohn vierteljährlich praenumerando 1 Rm. 95 Pf., monatlich 65 Pf., einzelne Nummern 10 Pf.; bei den Postämtern in Deutschland incl. Berlin 1 Rm. 60 Pf., frei in's Haus 1 Rm. 95 Pf. — Kreuzband-Abonnements pro Quartal und Exemplar: für Deutschland und Oesterreich 3 Rm., für Niederlande und Belgien 3 Rm. 60 Pf., für Frankreich 4 Rm. 60 Pf., für England und Amerika 8 Rm. 55 Pf. Bestellungen auf Kreuzband-Abonnements sind nur bei der Expedition aufzugeben und müssen praenumerando gezahlt werden.

Inhalt.

Die „reaktionäre“ Masse. Politische Uebersicht: Zum Militär-Etat. — Das Elend der Handelskrisis. — Wie das Volk vertreten wird. — Der Krach Stroussberg. — Graz. — Frankreich. — Unsere Invaliden. — Gehalt eines Betriebs-Directors. Deutscher Reichstag. Protest gegen die Entwürfe eines Gesetzes, betreffend die Abänderung des Titels VIII. der Gewerbe-Ordnung. Korrespondenzen: Altona. — Nordhausen. Sprechsaal.

Die „reaktionäre“ Masse.

II.

In der von uns „reaktionär“ genannten Gesellschaft haben wir als bewegendes und herrschendes Prinzip die Selbstsucht des Individuums gefunden. Da dieser alle Welt und alle Menschen nur als Stoffe zur Befriedigung dienen, während „Recht“ und „Gesetz“ keinen anderen Sinn haben, als den, die Selbstsucht und Selbstlust dieser Befriedigung zu hemmen, so ist die Selbstsucht an sich — oder im Paradiesesstande der Unschuld — überhaupt unfähig, Rechte und Gesetze oder einen Staat zu bilden. Sie muß erst durch bittere Erkenntnisfrüchte über die Schädlichkeit ihrer unbeschränkten Ausübung, und über den höheren Vortheil einer freiwilligen oder gezwungenen Beschränkung belehrt worden sein, um gewisse Schranken, irgend ein gegenseitig verpflichtendes „Recht“, einen Vertrag anzuerkennen. Dieser Vertrag wird aber nothwendig immer dem Stärkeren die Ausbeutung des Schwächeren zu Recht gestatten und gesetzlich machen. So gehen z. B. zwei Kaufbolde auch einen Vertrag als Herr und Sklave ein, wenn einmal der Bestiegte genügend zerschlagen worden ist, um die Inferiorität seiner Kräfte als sichere Thatsache zu empfinden. Denn, so wie er nicht jeden beliebigen Augenblick wiederum zerschlagen werden möchte, so zieht auch der Starke es vor, statt des ewig erneuten Kampfes, der doch nothwendig auch Wechsel, Schaden und Gefahr bringt, Sicherheit vor dem Gegner und Frieden zu haben, so bald derselbe nur freiwillig sich zu der verlangten Unterthänigkeit versteht. Das Wohl des Herrschenden wie des Dienenden gewinnt also durch ein zwischen ihnen aufgestelltes Recht des Stärkeren, und dieses Recht wird daher die Seele der ersten Gesellschaft, wie es noch heute die Seele des Klassenstaats ist; immer aber bleibt ihm der Inhalt, daß nur der größere Vortheil des Individuums, die mehr gesicherte Ausbeutung des Nächsten sein Ziel und Augenmerk ist.

Der Socialismus dagegen erhebt, was hier nur als Beigabe zum Vortheil der Selbstsucht erscheint, die Gegenseitigkeit, selbstständig, in freier und reiner Form zur Grundlage, zum herrschenden Prinzip der Gesellschaft. Und da die Gegenseitigkeit schon in ihrem ersten Auftreten, als Gehülfe der Selbstsucht, diese einschränkte, und, so weit sie immer zur Geltung kam, als „Gesetz“ sich über sie erhob, so ist leicht ersichtlich, daß sie zum Leben und Richtung gebenden Prinzip geworden, die Selbstsucht immer nur als reaktionäres Moment sich gegenüber hat und daß in der Bekämpfung dieser Reaktion ihr Sieg und ihr Wesen besteht.

Die Gegenseitigkeit, oder, wie wir sagen, die Solidarität, ist das Ei des Kolumbus. Sie war in der Willkürherrschaft der Selbstsucht das erste und einzige gesellschaftsbildende Element; in ihr wurzelt aller Ursprung und alles Wachstum der Kultur. Und seitdem ist sie den politischen, wirtschaftlichen, religiösen Gesellschaftsbildnern und Gesetzgebern aller Zeiten unter tausend Namen durch die Finger gerollt als ein unselbständiges, immer wieder rollendes und schwindendes Gleichgewicht, und hastet als solches allen Einrichtungen des Staates und der Gesellschaft an. Der Socialismus aber hat dieses Ei aufrecht gestellt, und nun, aufrecht und selbstständig, bedarf es keiner Stütze, und nun, außer ihm liegenden Halt mehr, und trägt, indem es sich selbst trägt, die ganze politische, wirtschaftliche und sittliche Ordnung eines neuen Staates, einer neuen Gesellschaft.

Auf Solidarität ist ja Alles gebaut, was wir echt menschlich nennen, und, sagen wir mehr, all unser Menschenthum ist Solidarität. Jenseits liegt nur das Wesen des Thiers, aus dem wir stammen.

Was ist denn unser Geist, der Geist jedes Einzelnen? Ein solidarisches Bewußtsein. Aus der Menschengemeinschaft erst ist er hervorgegangen und wird sonst nirgends gefunden; erst das solidarisch gewordene Denken und Denkgesetz giebt ihm uns, und das erste Einswerden von Bewußtsein mit Bewußtsein ist sein Keim. Wie das Aufnehmen der Nahrung zum Einswerden der Nahrung und des Leibes führt, so das Aufnehmen der Gegenstände in die Sinne zum Einswerden der Sinnesempfindung mit den Dingen oder zum Bewußtsein von der Welt. Dieses

hat auch das Thier. Aber die Unterscheidung eines bewußten Ichs geht erst aus der (durch Familienleben) bis zur Einheit von Bewußtsein vertieften seelischen Gemeinschaft der Menschen hervor, aus welcher gefundenen Bewußtseinsolidarität das Selbstbewußtsein erwacht, die Unterscheidung des Persönlichen, oder das „Ich“ — welches das Thier nicht hat. Darum gelangt der Mensch, wenn er einsam bleibt, so wenig jemals zum Geiste, wie das Thier, bleibt Thier mit den Thieren, oder stumpsinnig, Idiot, in der Einsamkeit des Kerkers. Der Geist, die Bewußtseinsolidarität der Menschen, ist das Gemeinwesen Aller, von dem alles Geistige des Einzelnen ausgeht und das die persönlichen Unterscheidungen an sich hat, wie der Baum seine Zweige. Aus sich selbst können diese nicht emporkommen, aus ihm, von ihm gewährt, getragen und nach seinen Gesetzen entwickelt, wachsen sie hervor, und das, was da mitwächst, sind nur scheinbar die Zweige, in Wahrheit ist es das Ganze, der Baum. Alles „Wissen“ des Einzelnen im höchsten Sinne ist nicht mehr subjektive Empfindung, Phantasie und Gedanken oder Wahrheit des Einzelnen, sondern es ist von anderen Menschen getheiltes, solidarisches Bewußtsein vom Wesen sei es der Natur, oder der Menschewelt. Wissen (wie das Einmaleins) ist sicher, wenn es alle regelmäßig entwickelten Menschen theilen. Die Wissenschaft ist das, mit Ausschluß von individuell-wahren Erkenntnisbausteinen nur aus solidarischen Wissensbausteinen aufgeführte Gebäude menschlicher Erkenntnis oder des Entwicklungsganges der Gesellschaft. Das persönliche Gefühl der Gewißheit selbst, wenn es auch irrtümlich sein sollte, hängt von dem Grade der Solidarität ab, in welchem wir die uns „überzeugende“ Erkenntnis als verpflichtend für alle Menschen annehmen.

Die Säulen unseres geistigen Wesens also, der Erkenntnis, sind aus dem Material der Solidarität gebaut — und solidarisch finden wir, wie das geistige Wesen, so all unser eigentlich oder wahrhaft „Menschliches“, in welchen Beziehungen immer wir es durchforschen. Denn, was ist Sittlichkeit? Der Trieb und die Kraft nur des solidarischen Lebensgesetzes in uns. Die Selbstsucht, ihr gegenüber, sucht und thut das Gesetz des Einzelnen, des Individuums; die „Tugend“ aber übt auf Kosten des Individuums das gemeinsame Gesetz der Menschen! Nicht die bloße Hingabe an den Nächsten — etwa die jenem zu einem Morde behülfslich wäre — ist schon sittlich, sondern die Hingabe erst für ihn an ein allgemeines, Allen gehöriges Lebensgesetz oder Lebensgut der Menschen. Und darum erscheint auch jede unmittelbare Hingabe an das Gesamt- oder Gemeinleben, in der Freundschaft, Ehe, Vaterlandsliebe, als Treue, Redlichkeit, Rechtsinn, sittlich, idealistisch oder tugendhaft. Das „Recht“, welches Kant den Aupfappel Gottes nennt, ist nichts als das gemeinsame Lebensgesetz der Gesellschaft gegenüber den Ansprüchen des individuellen Lebensrechtes. Und je mehr Einzelne ein Recht anerkennen, je höher steigt sein Werth, je „heiliger“ wird seine Geltung; die Gerechtigkeit, welche wir im Namen aller Menschen anrufen können, bewegt am tiefsten unser Gemüth, ist die weitestreichendste Rechtswaffe, das Menschenrecht. Mag auch Recht und Sittlichkeit noch niedrig stehen, so daß sie z. B. neben den Schutz des eigenen Gemeinwesens gleichwertig Vererbung und Verwüstung des fremden legen, oder Liebe nur für den Genossen, für den Gegner aber daß verlangen — immer ist die Hingabe des Einzelnen an sein Ganzes, also Opferung der Selbstsucht zu Gunsten der Solidarität, ihr sittlicher Inhalt. Und so sind alle Güter des Herzens, der Seele, des Geistes, in der Gemeinschaft, der Solidarität der Menschen unweigerlich beschlossen und gehen in ihr auf, immer im Gegensatz zu dem reaktionären Prinzip der Selbstsucht.

Ich wiederhole es daher, all unser Menschenthum ist Solidarität, gemeinsames Gesetz und gemeinsames Leben der Menschen. Wir sind Communisten sein müssen es sein, so weit wir wahrhaft Menschen sein wollen. Die Anker unserer menschlichen Existenz: Gewißheit, Wahrheit, Recht und Logik, die Ideale aller Religion und Sitte: Tugend, Liebe, Freiheit, Bildung, Sittlichkeit, das Geisteswesen selbst, sind Communismus, Einheit und Gemeinlichkeit des Lebens, in die wir hineinwachsen, je menschlicher, je vollkommener wir werden. Wir besitzen alle diese Güter entweder gar nicht, oder mit einander; wir haben keine Wahl. Und je gemeinsamer wir sie besitzen, um so vollkommener sind sie, im Ganzen wie für den Einzelnen. Wir sind die rechten Theiler von Beruf. Während das Thier die Welt in sich schlingt und für sich allein verschlingt, um zu genießen und sich zu befriedigen, müssen wir die menschlichen Güter: Freundschaft, Liebe, Wohlstand, Bildung, Geist, getheilt haben, um sie zu besitzen — jedes menschliche Glück ist ein getheiltes! Die höchste Forderung der Religion selbst ist, nach Christi Ausspruch, das Theilen der Menschen mit einander oder die Gegen-

seitigkeit. „Alles nun, was ihr wollt, das die Leute euch thun sollen, das thuet ihr ihnen; das ist das Gesetz und die Propheten.“ Wir bringen also in dem Prinzip, das die Social-Demokratie gegenüber der „Reaktion“ aufstellt, einen höheren Kulturzustand zur Geltung, oder, um es recht zu sagen, gegenüber dem Recht des Stärkeren und der Selbstsucht, auf welchen der Klassenstaat gebaut ist, legen wir Social-Demokraten erst das Fundament für die eigentliche, die menschenwürdige Gesellschaftsordnung.

A. D.

Politische Uebersicht.

Berlin, 20. November.

Das rothe Gespenst spukt jetzt allerorts, sogar im Militär-Etat des deutschen Reiches. Dort leistet dasselbe nämlich hülfreiche Hand, um für einen „Kommandanten“ in Frankfurt a. M. die Summe von 12,300 Mark und für einen solchen in Altona die Summe von 10,800 Mark zu motiviren. Wörtlich heißt es in den Motiven unter Anderem:

„Dem als Kommandant von Altona und gleichzeitig als Kommandant der in Hamburg garnisontrenden Truppen fungirenden Offizier, fällt es zu, bei Störungen der öffentlichen Ordnung die obere Leitung der Truppen in dem Komplex von Städten und Ortschaften zu übernehmen, dessen Kern die Städte Hamburg und Altona bilden. Es entzieht sich dieser Erörterung, in wie weit von gewissen Theilen der dort funktionirenden zahlreichen Bevölkerung solche Ruhestörungen zu befürchten sind. Die Größe des event. zu schützenden Eigenthums und die Bedeutung von Hamburg lassen jedenfalls eine Ruhestörung daselbst besonders verhängnisvoll, die energische schnelle Unterdrückung einer solchen besonders nothwendig erscheinen. Zu letzterem Zwecke wird die Einsetzung eines besonderen Kommandanten vom militärischen Standpunkte aus unerlässlich. Denn außer dem kommandirenden Generale, welcher der Befehlshabung über ein Armee-corps und über einen Corpsbezirk durch das Kommando einzelner Truppenabtheilungen nicht entzogen werden darf, garnisonirt kein höherer Befehlshaber in Hamburg und Altona. Von auswärts herangezogene Befehlshaber würden zur Uebernahme des Kommandos zu spät eintreffen, demnach in Folge mangelnder Lokalkenntnis nicht mit derjenigen Sicherheit handeln, welche allein die Schnelligkeit des Erfolges verbürgt.“

Die Verhältnisse von Frankfurt a. M. gleichen insofern denjenigen von Hamburg-Altona, als auch dort eine zahlreiche agitatorische Einflüsse ausgefesselt und theilweise leicht zugängliche Bevölkerung auf engem Raume versammelt, andererseits vieles und großes Eigenthum zu schützen ist. Die Motivirung der Commandantur von Altona trifft daher im Allgemeinen für diejenige von Frankfurt a. M. zu.“

Nun, es wird den Herren Liberalen nicht allzu angenehm sein, die 23,400 Mark bewilligen zu müssen, aber zum Schutze des „heiligen Eigenthums“ muß man es sich schon einen Groschen kosten lassen. Schade nur, daß das „Eigenthum“ nicht einen Deut sicherer ist, ob nun ein Kommandant, oder Lasker'schen, oder Niemand in Altona und Frankfurt a. M. thront, denn den bösen Socialisten — fällt es gar nicht ein, eines schönen Tages Hamburg und Frankfurt zu plündern und den Inhalt der feuerfesten Geldschränke der Börsemänner zu „theilen“. Gegen die „Gränder“ aber helfen auch keine Kommandanten.

Das grausigste Elend der Handelskrisis allerorts, das ist die Signatur unserer Zeit. Die grenzenloseste Schamlosigkeit aber ist es nun, wenn die Bourgeoisie-Prese dieses offen adleugnet und sich geberdet, als ergehe es den Arbeitern nur zu wohl. Ein solches Manöver macht heute die „Vossische Zeitung“; dieselbe bringt folgenden Erguß:

„Die schutzvöllerische Partei hat es für gut befunden, auch den Kulturkampf mit dem Eisenzoll in Verbindung zu bringen, und die Behauptung aufgestellt, man werde Tausende von hungernden Arbeitern dem Ultramontanismus in die Arme treiben, wenn man die gefährdete Eisen-Industrie nicht durch die Verlängerung der Schutzzölle rette. Man kommt aber durch diese Behauptung in Widerspruch mit einer anderen Behauptung, die man gleichfalls nicht entbehren kann, um die Agitation fortzusetzen, nämlich mit der Behauptung, daß man mit der Schwierigkeit allzu hoher Löhne zu kämpfen habe. Von zwei Behauptungen kann nur eine richtig sein; entweder das Angebot von Arbeit oder die Nachfrage nach Arbeit überwiegt. Beide zugleich können unmöglich richtig sein. Giebt es mehr Arbeits-Gelegenheit als Arme, so kann der Arbeiterstand keiner Nothlage entgegengehen, und giebt es mehr Arbeiter als Arbeits-Gelegenheit, so gehören Lohnverabredungen nicht zu den Unmöglichkeiten. Nach der Darstellung eines hervorragenden westfälischen Industriellen, der die schutzvöllerische Agitation mit besonderem Eifer betreibt, und dessen Schilderung wir daher folgen dürfen, ohne daß uns die Segner den Vorwurf der Schönfärberei machen können, herrscht im westfälischen Industrie-Distrikt noch heute Arbeitermangel. Es ist uns ein Werk namhaft gemacht worden, welches im Jahre 1872 gegen 5000 Arbeiter beschäftigt hat und heute höchstens noch 3000 beschäftigt und welches trotzdem in Verlegenheit kommt, wenn es vorübergehend eine größere Arbeiterzahl einstellen will, oder wenn es für manche Arbeiterkategorien den Lohnsatz ermäßigen will. Die 2000 ausgeschiedenen Arbeiter haben sofort in anderen Zweigen der Thätigkeit lohnende und dauernde Verwendung gefunden. Der Lohnsatz in den westfälischen Stahlwerken für gemeine Handarbeit steht noch auf drei Mark; daß die geschulte Arbeit für die

schwierigeren Vorrichtungen noch höher, mit vier Mark und darüber, bezahlt wird, ist selbstverständlich und nicht zu tabeln. Wenn aber die gemeine Handarbeit, z. B. das Beladen der Wagen, mit drei Mark bezahlt wird und es für diesen Preis noch zu Zeiten an Kräften fehlt, so ist dies ein deutliches Zeichen dafür, daß man das rothe Gespenst der Noth in frivolster Weise beschwört. Willkürliche Arbeitslosigkeit herrscht höchstens für einen kleinen Theil der Arbeitskräfte in Berlin und zwar durch den Stillstand der Maschinen- und Wagenfabriken. Die Ausdehnung der Berliner Maschinen- und Wagenfabrikation hat man indessen seit langer Zeit als eine Anomalie betrachtet, da dieser Industriezweig unmöglicher Weise eine hohe Lokalmiete zahlt, ohne durch seine Absatzverhältnisse an die Hauptstadt gebunden zu sein. Eine Translokation dieser Industrie nach anderen Orten hat man schon lange als eine Nothwendigkeit betrachtet und man wird derselben jezt, wo sie sich allmählich anbahnt, nicht entgegen treten können. Wenn in Berlin augenblicklich vielleicht ein jedenfalls nicht erheblicher Ueberschuß an Arbeitern vorhanden ist, so ist andererseits in anderen Gegenden ein Mangel vorhanden. Hier muß eine Ausgleichung stattfinden und ein Eingreifen durch die Gesetzgebung würde jedenfalls diese Ausgleichung verzögern. Die Aufhebung der Eisenzölle bedroht den Arbeiterstand nicht mit Arbeitslosigkeit und Noth. Weder der Kulturkampf, noch das rothe Gespenst haben mit dieser Frage etwas zu thun. Sollte ein Theil der Etablissements zum Stillstand verurtheilt werden, so wäre der Grund dazu zu suchen, daß es diesen Etablissements eben so sehr an preiswerthen Arbeitskräften fehlt, wie an Absatz, und diesen doppelten hoffnungslosen Kampf auszutämpfen, kann ihnen freilich der Staat nicht helfen."

So schreibt die fortschrittliche „Vossische Zeitung“, ein Blatt, welches für die Volkswirtschaften eingetreten behauptet! Gibt es einen ärgeren Hohn auf die Tausende hungernder Arbeiter? Denn wer es Arbeitermangel nennen will, daß ein in der Wolle gefärbter Fabrikant keine Leute bekommen kann, wenn er die Löhne so tief herabdrückt, daß sie dabei verhungern müßten, der muß geradezu unvernünftig sein oder eine eiserne Stirn besitzen. Auch wird es wohl sehr fraglich sein, ob die weislichen Arbeiter 3 Mark Lohn bekommen, ebenso wie es eine bodenlose Lüge ist, daß „ein kleiner Theil“ der Berliner Arbeiter brodlos auf dem Straßensplaster liegt, während „preiswerthe“ Arbeiter fehlen. Uebrigens ist es ganz vortreflich, daß die Berliner Fortschrittblätter derart Farbe bekennen. Manden Berliner Maschinenbauer, der bisher auf die Fortschrittler schwor, wird es zur Ueberzeugung der Arbeiterfeindlichkeit dieser Partei bringen.

Wie das Volk „vertreten“ wird, haben die letzten **Dresdener Stadtverordneten-Wahlen** wieder einmal zur Genüge bewiesen. Bei der hieselbst am 12. November stattgehabten Stadtverordneten-Wahl haben sich von den wahlberechtigten Bürgern kaum 20 pCt. betheiligt. Rechnet man nun noch die nicht wahlberechtigten Bürger hinzu, so sinkt der Prozentfuß der Wähler noch tiefer und es zeigt sich, daß die Wahl nur von einem winzigen Bruchtheil der Bewohner vollzogen worden ist. — Und das ist dann Stadtvertretung und verfügt über die Steuergelder aller Bewohner.

Der **Arach Stroussberg** trifft viele Gegenden schwer. Besonders sind es die kleinen Städte an der Hannover-Altenbekenener Eisenbahn — Stroussberg hat bekanntlich diese Bahn gebaut — welche nicht selten bis zu 25,000 Thlr. verlieren. Interessant ist es übrigens, daß Stroussberg während seiner Moskauer Haft an seinen sonstigen Lebensbedürfnissen wenig einbüßte. Ja, es wurden sogar zu Ehren des Gefangenen am Gefängniß neue Lesern angebracht und sonst in jeder Beziehung dafür gesorgt, daß Herr Stroussberg nur gar keinen Entbehrungen ausgesetzt werde.

Parteiengenosse **Dr. H. Tauschinski** in **Graz** befindet sich nun schon seit Anfang Juni v. J. in Haft. Die Hälfte dieser Zeit brachte er in Folge seiner Verurtheilung im Landesgerichte zu, die andere Hälfte verbrachten die mannichfaltigen Untersuchungen. Mitte Oktober wäre die letzte Strafe Tauschinski's eigentlich zu Ende gegangen; aber da versiel der Mann wieder auf den „unglücklichen“ Gedanken, im Arreste ein Gedicht oder eine Art versüßten Auftrufes an die Arbeiter zu verfassen, durch dessen Inhalt nach der Ansicht des Staatsanwalts das Verbrechen des Hochverrats begangen worden sein soll. Das Gedicht wurde aus dem Arreste geschmuggelt, die Arbeiter legten es in Druck und verbreiteten es unter ihren Gefinnungsgenossen, die Polizei konfiszierte einige Exemplare und so kam es zur Einleitung einer neuen Untersuchung, deren Ergebnis nun eine förmliche Anklage auf Hochverrath, sowie auf das Verbrechen der Störung der öffentlichen Ruhe ist. Dem Vernehmen nach hat die Anklage übrigens auch noch den seiner Zeit in Norddegg abgehaltenen Arbeiter-Kongress, ja sogar die gesammte Thätigkeit der österreichischen Arbeiterpartei in Wien, Graz, Briinn, Linz, Salzburg u. s. w. zum Gegenstande. Außer Tauschinski selbst sollen mehrere Arbeiter als Angeklagte bei der Schlussverhandlung erscheinen, die am 1. Dezember stattfindet.

Die erquicklichen deutschen Presszustände haben die **französische Regierung** nicht schlafen lassen und ist diese auch mit einem Pressgesetz-Entwurf hervorgetreten, der selbst der feilen französischen Presse wenig schmachhaft erscheint. Ein sogenannter Sturm von Protesten hat sich zwar gegen diesen famosen Entwurf erhoben, aber es hat dies Alles Nichts zu bedeuten. Wie bei uns die Reichstrennen aus Bonaparte's Händen fressen und im Reichstage die nationalliberale Fraction eine bloße Ja-Sage-Maschine ist, so werden wir auch in Frankreich es hinnehmen gar nicht langer Zeit erleben, daß, was Herr Mac Mahon und seine Helfershelfer zum Wohle der Nation erkonnen, von der Volksovertretung ohne jede Aenderung angenommen wird. So lange nur eine Regierung die Geldschränke der Bourgeois respectirt, so lange findet sie auch in dieser Klasse die gefügigsten Werkzeuge für ihre Pläne.

Der Mohr hat seine Schuldigkeit gethan, der Mohr kann gehen — dieses Spruchwort findet nirgends eine bessere Anwendung, als auf den heutigen Lohnarbeiter. So entnehmen wir dem bekannten Fabrikantenblatte „**Concordia**“ folgende Notiz: „Nach einer dem konservativen „Reichsboten“ aus den rheinischen Fabrikgegenden zugehenden Notiz, werden dort auf verschiedenen Werken jezt, wo das Angebot der jugendlichen Arbeiter aus allen Gegenden sehr groß ist, die alten Arbeiter, welche 10 bis 20 Jahre lang auf den Werken gearbeitet haben, entlassen und junge, fronde Kräfte an ihren Platz gestellt. Auf diese Weise sind viele Familien brodlos geworden. Mehrere dieser alten entlassenen Arbeiter haben sich deshalb um Schutz an die Behörden gewendet; auf diese Vorstellungen der Behörden haben jedoch die Arbeitgeber erwidert, sie hätten keinerlei Verpflichtung, für die älteren Arbeiter zu sorgen, da dieselben für ihre jahrelange Arbeit auch eben so lange ihren Lohn erhalten hätten.“ Der christlich-konservative „Reichsbote“, wie die fromme „Concordia“, beide haben kein Wort des Abscheus und der Ver-

achtung für ein solches Vorgehen. Ueber Thierquälereien können unsere Augen verbrochenen Mädeln und Pletischen Thränen vergießen und Jammervorträge schreiben, aber mit dem Arbeiter, den sie Jahre lang ausgebeutet, haben sie, wenn seine Kräfte erschöpft, kein Mitleiden. Liberale und Konservative, mögen sie in noch so vielen politischen und religiösen Fragen auseinandergehen, in dem Einem: in der Herrschaft des Kapitals über die Arbeit, sind sie ein Herz und eine Seele.

Unsere Invaliden. — Am 9. November wurde aus dem Kölner Bürgerhospital der Soldat Adam Charlier von Köln entlassen. Derselbe wurde am 2. August bei Saarbrücken durch eine feindliche Kugel im rechten Oberschenkel schwer verwundet, was seine Aufnahme in das Saarbrückener Lazareth zur Folge hatte. Dort verblieb er 13 Monate, wurde dann nach Köln gebracht und dem Garnisons-Lazareth übergeben. Am 1. März 1872 war der Unglückliche so weit wieder hergestellt, daß man ihn der Pflege seiner Eltern übergeben konnte. Allein sein Zustand verschlimmerte sich nach einiger Zeit wieder, und am 15. Oktober warf ihn sein Leiden wieder auf das Schmerzenslager. Am 7. Dezember 1874 fand der Unglückliche Unterkommen in dem Bürgerhospital. Unter der Hand des Ober-Artes Herrn Dr. Vardenheuer trat hier nach einiger Zeit in Charlier's Krankheit eine glückliche Wendung ein, und von da ab schritt die Heilung seines verwundeten Beines, wenn auch langsam, doch stetig vorwärts, so daß der hoffentlich „letzte Verwundete von 1870“, auf zwei Krücken zwar, denn das wiederhergestellte Bein ist 4/5, Zoll kürzer als das andere, das Hospital verlassen konnte. Die reichsfreundliche „Köln. Zeitung“ begleitete diese Notiz mit folgender Bitte: „Wächten edle Menschenfreunde dem braven Bierziger, der höchst wahrscheinlich sein Leben lang arbeitsunfähig bleiben wird, für das Opfer seiner Gesundheit und seines Jugendglüdes ihre werththätige Liebe entgegenzutragen und denselben, wozu die ihm ausgeworfene Pension nicht ausreicht, ein sorgenfreies Dasein schaffen.“ In Nr. 314 schrieb dasselbe Blatt: „In einer Lokalnachricht in Nr. 311 dieses Blattes wurde die Hoffnung ausgesprochen, daß der eben aus dem hiesigen Hospital entlassene Adam Charlier der letzte Verwundete aus den Kriegsjahren von 1871—1871 sein möge. Leider trifft der Wunsch noch nicht zu; denn aus Hörde wird uns geschrieben: „Der Bergmann Friedrich Möller von Jeche Schürban bei Solberholz, Grenadier der 4. Comp. des 2. Garderegiments zu Fuß, der jezt im St. Joseph-Hospital hier, hat noch immer „die Kugel von Gravelotte im linken Oberschenkel stecken, um deren Entfernung Chirurgen ersten Ranges sich vergebens bemüht haben, und welche von jezt zu jezt noch so schlimme, mit Schüttelfröhen einsetzende Knochenreiterung und langdauernde Fistelgänge verursacht, daß eine fortwährende Spitalpflege nöthig ist. Da nun seine Pension nur 9 Thlr. monatlich beträgt, also weniger als der geringste Pflegefuß der Krankenhäuser, so mag es im Interesse des armen Mannes liegen, daß diese Thatsache bekannt wird.“ — Dankbares Vaterland, du hast gesehen, daß Diplomaten und Feldherren, die keine Wunden davon getragen haben, reichlich dotirt worden sind, erbarme dich doch der armen Invaliden!

* Ein **Betriebs-Direktor** der rumänischen Eisenbahnen bezieht ein Gehalt von 48,000 Mark. — Wenn bei diesem Manne das Camphausen'sche Recept in Anwendung käme, so hätten wir nichts dagegen.

Deutscher Reichstag.

Freitag, den 19. November.

Die Sitzung beginnt um 11 Uhr. Nach vorgenommener Abstimmung über den „Gesetzentwurf betr. die Beseitigung von Anstichstoffen bei Viehbesörderungen auf Eisenbahnen“ tritt das Haus in die erste Berathung des Landeshaushalts für Elßaß-Lothringen ein, welche in der Donnerstags-Sitzung durch eine einstündige Rede des Regierungskommissars Herzog eingeleitet worden war. Gegen dessen Ausführungen wandte sich der Elßäser Guerber und entrollte von den beispiellosen Zuständen im „Reichslande“ ein Bild, dessen Wirkung jedoch durch das Hervorfehren des kirikalischen Standpunktes sehr wesentlich abgeschwächt wurde. Herr Dunder that der Regierung den Gefallen, Kulturkampfer zu treiben, und im Namen des Fortschritts Volkreidienste zu leisten, indem er nach Kräften das System der Reichs-Regierung in Schutz nahm.

Herrn Dunder folgte der Regierungskommissar Herzog, der seine ganze Aufgabe aber nur darin erblickte, in einigen persönlich drastischen Bemerkungen gegen den Abgeordneten Guerber sich zu ergeben, dagegen die zahlreichen, die Zustände compromittirenden Thatsachen, die derselbe angeführt, mit keinem Wort berührte.

Abgeordneter Reichensperger ging in geschickter Weise dem die Regierung in Schutz nehmenden Abg. Dunder zu Leibe. Letzterem sowohl, wie seinen Parteifreunden, waren die zum Theil sehr treffenden Ausführungen des ultramontanen Abgeordneten höchst unangenehm, und sie suchten denselben durch zahlreiche Dhorufe zu unterbrechen. Nach Reichensperger kam Niemand mehr zum Wort. Die Majorität hatte es satt, noch weitere Klagen über die Behandlung des liebsten Kindes der Mutter „Germania“ anzuhören, sie schloß die Debatte und verwies die Vorlagen an eine Kommission von 21 Mitgliedern.

Den dritten Punkt der Tagesordnung bildete die erste Berathung des Reichshaushalts-Etats für das Jahr 1876. Die Debatte eröffnete der Präsident des Bundeskanzler-Amtes, Delbrück, welcher eine Uebersicht des mitmaßlichen Finanzab-schlusses für das Jahr 1875 gab, deren Resultat war, daß trotz einer Etatüberschreitung von ca. 8 Millionen Mark, wovon allein wieder 7 Millionen auf das liebe Militär kommen, die indirekten Steuern noch einen Ueberschuß von ca. 23 Millionen ergeben. Und dennoch neue Steuern! Der scheinbare Widerspruch erklärt sich, wenn man feststellt, daß trotz einer Mehrforderung von über 7 Millionen für die Armee und von über 3 Millionen für die Marine für das nächste Jahr, die Militär- und Marineverwaltung glaubt sehr sparsam gewirtschaftet zu haben, so sparsam, daß sie es in künftigen Jahren in gleicher Weise nicht mehr thun kann.

Welcher Art die Begriffe von Sparsamkeit im Militär-Etat in den maßgebenden Kreisen sind, dafür mögen Zahlen sprechen. Der Militär-Etat sollte für dieses Jahr 311,394,000 Mark betragen, die, wie oben bemerkt, aber um 7 Millionen überschritten sind; für das nächste Jahr ist er auf 318,416,000 Mark ange- setzt, und daß dann abermals Ueberschreitungen vorkommen, er-scheint, nach der bisherigen Erfahrung, so gut als sicher. Die Marine verlangte für das laufende Jahr 18,047,000 Mark; für das nächste Jahr verlangt sie 21,068,000 Mark. Weiter kommen hinzu an außerordentlichen Ausgaben für militärische Zwecke 21,186,000, für die Marine 10,000,000 Mark.

Aber diese Zahlen erschöpfen noch nicht die Summe der Ausgaben für militärische Zwecke. Es kommen hinzu an Ausgaben für den allgemeinen Pensionsfond 23,103,000, für den Invalidenfond 28,710,000 Mark.

Im weiteren Verlauf seiner Rede suchte Herr Delbrück nachzuweisen, wie trotz allem höhere Ausgaben nicht zu vermeiden seien und deshalb neue Steuern eingeführt werden müßten, fand aber mit diesen Plänen, wenigstens vorläufig, selbst bei den sonst so gefügigen Nationalliberalen nur durch Murren ausgedrückte Widerstände, und am Schluß seiner Rede von keiner Seite ein Zeichen des Beifalls.

Abg. Rickert brachte die Unzufriedenheit seiner engeren Parteigenossen, der Nationalliberalen, zu lebhaftem Ausdruck, versicherte aber, daß, wenn heute das Reich finanziell in der Klippe steht, die Ursache hauptsächlich der Haltung seiner Partei-genossen anzuschreiben ist, welche für die Politik ihres Herrn und Meisters seit Jahren nur Bewunderung, Anerkennung und Zustimmung hatten. Jezt, wo die Früchte dieser Politik zu Tage kommen, sprechen sie vor ihren Folgen zurück.

Schärfer als der Abgeordnete Rickert ging der Abgeordnete Schorlemer-Nist dem Etat zu Leibe, der sich namentlich gegen die Mehrforderungen des Etats und die projectirten neuen Steuern wendete. Eine sehr drastische Wirkung machte seine Aeußerung, daß er unter keinen Umständen die Brauereien bewilligen werde, weil es nicht geschehen könnte, daß der Arbeiter, wenn er sein durch die Steuer vertheuertes Glas Bier trinke, sich sage, daß er in dieser Steuer, die er im Schwitze seines Angesichts aufgebracht habe, die Gage für die 250 neu geschaffenen Stabsoffiziere zahle.

Nach der Rede Schorlemer's beschloß der Reichstag die Verthigung. Der Abg. Viehnecht, der sich Namens der Socialisten gemeldet, gelangte heute nicht zum Wort; ob es ihm morgen gelingen wird, das hängt von der Gnade der Majorität ab, die bereits bei der Debatte über den Invalidenfond die angemeldeten socialistischen Redner todtbrückte.

Protest

gegen die Entwürfe eines Gesetzes, betreffend die Abänderung des Titels VIII der Gewerbeordnung“).

(Fortsetzung.)

Gesetz über die gegenseitigen Hilfskassen.

In Betreff der Regierungsvorlage schlagen wir folgende Verbesserungen vor: *)

Statt § 2 der Regierungsvorlage schlagen wir vor:

§ 2. Die Kasse hat einen Namen anzunehmen, welcher von dem aller anderen, an denselben Orte oder in derselben Gemeinde befindlichen Hilfskassen verschieden ist und die zusätzliche Bestimmung: „eingetragene gegenseitige Hilfskasse“ enthält.

Für § 3 al. 3, 5 und 6 der Vorlage beantragen wir folgende Streichungen:

§ 3. Das Statut der Kasse muß Bestimmung treffen: 3. über die Höhe der Beiträge, welche von den Mitgliedern zu entrichten sind, (und, falls die Arbeitgeber der Letzteren Zuschüsse zu leisten haben, über deren Höhe fällt fort)

5. über die Bildung eines Vorstandes, (die Besetzung der mit Zuschüssen betheiligten Arbeitgeber in demselben, fällt fort) sowie über die Legitimation seiner Mitglieder und dem Umfang seiner Befugnisse;

6. über die Zusammensetzung und Berufung der Generalversammlung, über die Art ihrer Beschlußfassung und über die Stimmberechtigung der mit Zuschüssen betheiligten Arbeitgeber fällt fort).

Motive. Wenn den Arbeitern die freie Verfügung über ihr Eigenthum vollständig gewahrt bleiben soll, ist zu wünschen, daß die Arbeitgeber Rechte in der Kasse erhalten. Auf Grund ihrer höheren Beiträge jedoch würde, wenigstens scheinbar, für sie ein Recht auf größeren Einfluß auf die Verwaltung hergeleitet werden können.

Für § 4 schlagen wir nachstehende Fassung vor:

§ 4. Das Statut ist in doppelter Ausfertigung bei dem Handelsgericht (höhere Verwaltungsbehörde fällt fort) zur Eintragung in das Genossenschafts-Register einzuweisen.

Dieses hat über die Zulassung der Eintragung (Kasse fällt fort) zu entscheiden. Die Zulassung darf nur versagt werden, wenn das Statut den gesetzlichen Anforderungen nicht genügt, oder wenn nach dem einzuholenden Gutachten des Reichs-Gesundheits-Amtes (eines Sachverständigen fällt fort) die statutenmäßigen Beiträge zur Bewahrung im Statut gewährleisteter Unterstützungen nicht ausreichen können.

Wird die Zulassung versagt, so sind die Gründe mitzutheilen. Wird die Zulassung ausgesprochen, so ist eine Ausfertigung des Statuts, versehen mit dem Bemerkte der erfolgten Eintragung (Zulassung fällt fort) zurückzugeben und in dem für die Bekanntmachungen des Handelsgerichts (Aufsichtsbehörde fällt fort) bestimmten Blatte auf Kosten der Kasse unverzüglich bekannt zu machen, daß die Zulassung der Kasse als „eingetragene gegenseitige Hilfskasse“ erfolgt ist.

Abänderungen des Statuts unterliegen den gleichen Vorschriften.

Motive. Wenn wir uns auch gegen die Unterstellung der Hilfskassen unter die politische Verwaltung der Verwaltungsbehörden erklären, so sind wir doch nicht gegen eine richterliche Entscheidung darüber, ob die Kassen, welche das Recht einer juristischen Person beanspruchen, ihren übernommenen Verpflichtungen nachkommen können, und ob diejenigen Formen gewahrt sind, welche die Mitglieder der Kassen gegen willkürliche Handlungen der Vorstände zc. schützen. Zu diesem Zweck aber genügt es vollständig, wenn man diese Kassen den Erwerbsgenossenschaften, Konsum- und Sparvereinen u. dergl. gleichstellt.

In Bezug auf das abzugebende Gutachten sind wir der Meinung, daß dem Bedürfnis hierfür am besten genügt werden kann, wenn man im Reichs-Gesundheitsamt eine Abtheilung für Krankheits- und Sterbe-Statistik errichtet und diesem alsdann die Begutachtung von Staatswegen durch Gesetz überträgt, nicht aber Private als Sachverständige anerkennt und es in das Belieben der einzelnen Behörden stellt, wen sie als Sachverständigen gelten lassen wollen. Auf Grund gemachter Erfahrungen können wir behaupten, daß diese sogenannten Sachverständigen oft von der Sache gar nichts verstehen, sondern einfach nach einer Schablone die Krankheits- und Sterbefälle berechnen, gleichviel welchem Gewerbe die Betroffenen angehören, während doch nach dem Ausweis der Statistik die Sterblichkeit in dem einen Gewerbe größer als in dem andern ist und auch die Krankheitsfälle häufiger und nachhaltiger in dem einen als in dem andern Berufsweige auftreten.

Zu § 6 beantragen wir folgende Streichung:

§ 6. Der Beitritt der Mitglieder erfolgt mittelst schriftlicher Erklärung oder durch Unterzeichnung des Statuts.

(Den Mitgliedern darf die Betheiligung an anderen Gesellschaften oder Vereinen nicht zur Bedingung gestellt, sowie die Verbindlichkeit zu Handlungen oder Unterlassungen, welche mit dem Zweckzweck in keiner Verbindung stehen, nicht auferlegt werden fällt fort.)

Motive. Es ist ein gewiß nicht zu rechtfertigender Grundsatz, Jemandem durch ein Gesetz in einem bestimmten Falle etwas zu verbieten, was durch Gesetz ihm als Recht zuerkannt ist, also ist es auch den Rechtsprinzipien zuwider, zu bestimmen:

*) Obige Vorlage eines Protestes gegen den Hilfskassen-Gesetzentwurf, welche im Austrage der Berliner Kommission der Krankenkassen-Vorstände ausgearbeitet ist, übergeben wir auf Wunsch der Öffentlichkeit.

**) Gesperrt gedruckte Worte bedeuten Zusätze zur Regierungsvorlage, eingeklammerte Worte sind zu streichende Bestimmungen der Regierungsvorlage.

